

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
End in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

## Guter Anfang des Volksbegehrens.

### Der erste Tag im Reich. - Lebhaftige Beteiligung.

Ein guter Anfang! Der erste Tag der Eintragung für das Volksbegehren hat im ganzen Reich rege Beteiligung aller Volksschichten gebracht. Nach den heute mittag eingelaufenen Meldungen wächst die Beteiligung heute am zweiten Tage stark an. Um so eifriger muß die Werbung für die Eintragung erfolgen. Ein guter Anfang - nun weiter!

Im ganzen Reich hat sich aber auch gezeigt, daß man gelinde Erfahrung über die Durchführung eines großen Volksbegehrens und Unklarheit über die technisch-organisatorischen Anforderungen, die damit verbunden sind, es den Eintragenden erschweren, ihre Namen in die Listen einzutragen. Aus allen Städten hört man Klagen darüber, daß zu wenig Eintragsstellen errichtet sind, daß zu wenig Beamte bereitgestellt sind, daß die Eintragsstellen nicht genügend bekanntgegeben worden sind. In den nächsten Tagen müssen alle diese Mängel, die zum Teil aus mangelnder Erfahrung, zu einem anderen Teil aber aus politischem Widerstand gegen das Volksbegehren hervorgehen, beseitigt werden.

Trotz aller Erschwernungen aber setzt sich der Volkswille durch. Nun erst recht! Auf zur Einzeichnung! - An jeden geht die Frage: Hast Du schon Deine Pflicht getan? Warum hast Du Dich noch nicht eingetragen?

### Der erste Tag in Berlin.

Am 4. März, dem ersten Tage der Eintragung für das Volksbegehren, haben sich in die Listen eingetragen im Verwaltungsbezirk Mitte 2082, Tiergarten 2183, Wedding 4465, Prenzlauer Berg 3546, Friedrichshain 3935, Kreuzberg 4732, Charlottenburg 1541, Spandau 761, Wilmerodorf 604, Zehlendorf 72, Schöneberg 1883, Steglitz 521, Tempelhof 465, Reutkolln 4679, Treptow 1517, Köpenick 724, Lichtenberg 792, Weißensee 396, Pantow 727, Reinickendorf 818.

In allen Verwaltungsbezirken zusammen haben sich am ersten Tage im Berlin

36 144 Personen

eingetragen. Auf zur Eintragung heute und in den nächsten Tagen!

### Erste Ergebnisse im Reich.

#### Hamburg.

Hamburg, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) In Hamburg war gestern sehr stürmisches Wetter, das sehr viel Schaden angerichtet hat. Infolgedessen waren sehr viele Leute dadurch von der Einzeichnung abgehalten worden. Trotzdem haben immerhin am ersten Tage zirka 700 Personen die Einzeichnung vorgenommen.

#### Hannover.

Hannover, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Gestern morgen um 11 Uhr begannen die Eintragungen zum Volksbegehren. In den Arbeitervierteln zeichneten sich sofort Dutzende von Personen ein. In einzelnen Lokalen waren bis in die Abendstunden schon 100 und 200 Stimmen eingzeichnet. Nähere Zahlen sind noch nicht bekannt.

## Eine Genfer Vorberechnung.

### Ueber die Ratsfrage.

Paris, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Morgenblätter mitteilen, hat der Schritt des deutschen Votjschafters in Paris und London, der am Donnerstag erfolgte, der Uebermittlung des Wunsches der deutschen Regierung gegolten, vor dem Beginn der Tagung des Völkerbundes am Montag eine Besprechung mit den Signatarmächten von Locarno über die Erweiterung des Völkerbundes zu haben. Da die englische Regierung nach den Erklärungen Chamberlains den deutschen Vorschlag angenommen hat, so nimmt man hier allgemein an, daß auch die französische Regierung der deutschen Anregung Folge leisten wird.

## Rossi gegen Mussolini.

### Er wehrt sich gegen den „moralischen Mordversuch“.

Paris, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Presschef Mussolinis, Cesare Rossi, einer seiner intimsten ehemaligen Mitarbeiter, verteidigt sich in einem offenen Brief aus Cannes an das „Deuvre“ gegen die Beschuldigung, Befehl zur Ermordung Matteottis gegeben oder einen solchen Befehl Mussolini an die Wörber übermittelt zu haben. Die gegen ihn gerichtete Beschuldigung bezeichnet Rossi als ein Manöver Mussolinis, dazu bestimmt, durch die moralische Ermordung eines Freundes die physische Ermordung eines Feindes zu verdecken. Die Gerichtsverhandlung gegen die Matteotti-Mörder sei lediglich eine Farodie, durch die Mussolini die Ergebnisse einer 18monatigen Untersuchung niederzuschlagen versuche. Rossi schließt seinen Brief mit der Versicherung, daß er den Kampf gegen Mussolini nicht aufgeben werde, bevor nicht die Öffentlichkeit alles über ihn erfahren habe, was er ihr zu verbergen sich bemühe.

#### Ostfachsen.

Dresden, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Stimmung für das Volksbegehren ist in Ostfachsen außerordentlich gut. Die Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei sind überfüllt.

Die Einzeichnungen sind in der Stadt Dresden am ersten Tage sehr zahlreich erfolgt, so daß eine Verstärkung des Eintragungspersonals beantragt werden muß.

Die Haupttagung wird in Ostfachsen in den nächsten Tagen einsehen.

#### Thüringen.

Jena, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) In Jena haben sich am ersten Tage rund 700 Personen eingzeichnet. Da wochentags die Liste nur an einer Eintragungsstelle aufsteigt, ist dies Ergebnis sehr erheblich.

In ganz Thüringen werden wochentags die Listen in den Orten nur an einer Eintragungsstelle ausgelegt, Sonntags dagegen an mehreren Stellen. Man erwartet deshalb für Sonntag sehr starken Andrang.

In Weimar wird eine besonders eifrige Agitation für das Volksbegehren entfaltet.

#### Rhein.

Köln a. Rh., 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Einzeichnungen für das Volksbegehren haben am Donnerstag in Köln ziemlich stark eingeseht. In einzelnen Bezirken hat sich bereits die Hälfte der Abstimmenden eingzeichnet, die bei der letzten Wahl für die Sozialdemokratie gestimmt haben. Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß im weiteren Verlaufe der Einzeichnungsfrist in Köln der Andrang sich noch steigern wird.

#### Frankfurt a. Main.

Frankfurt a. M., 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Eintragungen für das Volksbegehren erfolgen in Frankfurt a. M. methodisch. Die Organisationen haben empfohlen, daß sich an jedem Tag Leute mit bestimmten Anfangsbuchstaben einzeichnen sollen. Gestern erfolgte die Einzeichnung für den Buchstaben A. Es sind etwas über 1000 Eintragungen erfolgt.

#### Königsberg.

Königsberg, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Einzeichnungen am ersten Tage ist noch unübersichtlich, doch sind sicher mehrere tausend Einzeichnungen erfolgt. Die Zeitungen waren erst gestern und zum Teil sogar erst heute in der Lage, die Eintragungsorte bekanntzugeben.

#### Nürnberg.

Nürnberg, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Am ersten Tage haben sich etwa 3000 Personen eingzeichnet. Es fiel auf, daß sehr viele alte Leute, die zu keiner Partei gehören, sich eingzeichnet haben. Heute - Freitag - ist die Beteiligung erheblich stärker. Der Hauptandrang wird Sonnabend und Sonntag erwartet.

#### Schwern.

Schwern, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Beteiligung war am ersten Tage über Erwarten groß, so daß noch weitere Beamte zur Entgegennahme der Eintragungen bereitgestellt werden mußten.

## Drakonische Strafen für Frankenfälscher.

### Aber in Holland.

Paris, 5. März. (CP.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus dem Haag sind die drei ungarischen Frankenfälscher, die gefälschte französische Tausendfranknoten in Holland abgesetzt hatten, gestern vor Gericht abgeurteilt worden, und zwar Jankowitsch zu 9 Jahren Zuchthaus, Marlowitsch und Marlowitsch zu je 7 Jahren Zuchthaus. Das endgültige Urteil wird den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend erst in 14 Tagen ausgesprochen werden, doch dürfte es keine Milderung mehr erfahren.

Jankowitsch erklärte, daß es sich bei der ungarischen Fälscher-affäre darum gehandelt habe, die Tschechoslowakei anzugreifen. Marlowitsch teilte mit, daß er vor einem Bischof einen Eid habe ablegen müssen. Die höchsten ungarischen Persönlichkeiten seien in diese Affäre verwickelt gewesen. Wenn die Verurteilten sich geweigert hätten mitzumachen, wären sie ins Gefängnis geworfen worden. (1)

Der Richter erklärte, er beschäftige sich nicht mit den angeblichen patriotischen Beweggründen der Angeklagten. Tatsache sei, daß sie versucht hätten, Holländer zu betrügen, das heißt Angehörige eines Landes, das nach dem Kriege die noleidenden ungarischen Kinder unterstützt habe. Bei der Verklesung des Urteils brachen die Angeklagten in Tränen aus. Jankowitsch erklärte, er habe nicht Holland schädigen wollen, sondern nur Frankreich und die Tschechoslowakei. Er ziehe den Tod den 9 Jahren Zuchthaus vor.

Die Erledigung des griechisch-bulgarischen Konfliktes. Die griechische Regierung überwies die zweite Hälfte der Bulgarien auf Grund der Entscheidung des Völkerbundesrates im griechisch-bulgarischen Konflikt zukommenden Entschädigung. Damit ist der griechisch-bulgarische Konflikt endgültig erledigt.

## Wilson's erster Friedensfühler.

### Die erste Europareise von House während des Krieges: Februar bis Mai 1915. Verhandlungen in London, Paris und Berlin.

Es ist hier vor kurzem ein Abschnitt aus den Memoiren des Obersten House,\*) des persönlichen Freundes und Beraters von Wilson, besprochen worden, der seine Reise nach Berlin im Jahre 1916 und seine damaligen Friedensbemühungen im Auftrage des Präsidenten behandelt. Es war dies die dritte Reise von House nach Europa. Die erste hatte im Frühsommer 1914 stattgefunden und dem Versuch einer europäischen Verständigung gegolten. Doch brach der Krieg wenige Tage nach der Rückkehr des Obersten House nach Amerika aus. Zwischen diesem mißglückten Versuch, dem Krieg vorzubeugen, und dem hier bereits erwähnten Versuch, im Frühjahr 1916 den Krieg zu beenden, lag eine zweite Reise von House nach Europa, die er im Februar 1915 angetreten hatte, um schon damals die Möglichkeiten einer amerikanischen Friedensvermittlung zu prüfen. House reiste an Bord der „Lusitania“ auf einer der letzten Fahrten, die dieser englische Riesendampfer vor seiner Torpedierung machte. Am 9. Februar 1915 berichtet er in einem ausführlichen Schreiben an Wilson über seine erste Unterredung mit dem britischen Außenminister Sir Edward Grey.

Grey zeigte sich über die territorialen Forderungen Frankreichs und vor allem Rußlands besorgt, während der Hauptpunkt, auf dem England als Voraussetzung von Friedensverhandlungen bestand, die Räumung und Entschädigung Belgiens war. Er bezweifelte, daß die Deutschen nach ihren bisherigen militärischen Erfolgen bereit sein würden, auf Friedensverhandlungen aufzurufen einzugehen. Er riet daher dem Obersten House ab, seinen Plan einer Weiterreise nach Berlin sofort auszuführen. Inzwischen traf in London ein Brief des damaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann aus Berlin ein, dessen Absendung Graf Bernstorff veranlaßt hatte und in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß House nach Berlin kommen würde, um in einem Meinungsaustausch über Friedensmöglichkeiten einzutreten. Zimmermann betonte jedoch schon damals, daß ihm die Bezahlung einer Entschädigung an Belgien kaum möglich erscheine, weil der Feldzug in Belgien Deutschland bereits zu viele Opfer gekostet habe.

House wollte seine Absicht, nach Berlin weiter zu reisen, trotz dieses wenig ermutigenden Bescheides noch immer nicht aufgeben, zumal Wilson wiederholt aus Washington die Anfrage an ihn richtete, warum er denn noch immer nicht nach Berlin weitergefahren sei. Schließlich beschloß House im Einvernehmen mit Grey und Asquith, die Reise nach Berlin um einige Wochen zu verschieben und in der Zwischenzeit durch eine Antwort an Zimmermann den Faden weiter zu spinnen, wobei er auf den großen moralischen Vorteil hinwies, der sich für Deutschland aus der Gewährung einer Entschädigung an Belgien ergeben würde.

Daß House damals, ebenso wie Wilson, ehrlich bemüht war, den neutralen Makler zwischen Deutschland und England zu spielen, geht aus seinen Berichten an Wilson eindeutig hervor. Seine Briefe und Tagebuchnotizen zeigen außerdem Grey in einem recht sympathischen Licht, da er für England selbst keine besonderen Friedensforderungen erhob, sondern immer nur die Räumung der von den Deutschen besetzten Gebiete und eine Entschädigung an Belgien verlangte. Die annexionalistischen Ansprüche Frankreichs und Rußlands, ja sogar die Bestrebungen Australiens und Südafrikas, die deutschen Kolonien zu behalten, waren Grey sichtlich unbequem.

Nachdem nun Zimmermann in einem Brief vom 2. März dem Obersten House abermals zum Ausdruck gebracht hatte, daß er dessen Besuch in Berlin begrüßen würde, wobei er sich in der Frage Belgiens nicht mehr so schroff ablehnend äußerte wie einen Monat zuvor, beschloß House im Einvernehmen mit Grey, die Weiterreise nach Berlin anzutreten.

Am 20. März 1915 traf House in Berlin ein. Er hatte sofort eine Zusammenkunft mit Unterstaatssekretär Zimmermann, über die er noch am selben Tage brieflich an Wilson berichtete. In diesem Schreiben heißt es:

„Ich setzte ihm ganz offen auseinander, was ich in England getan hatte, wen ich dort gesehen hatte und teilte ihm meine Schlussfolgerungen mit. Er war erstaunt, zu hören, daß in England keine Erbitterung gegen Deutschland herrschte und war ebenso sehr erstaunt, als ich ihm sagte, daß die Hauptschwierigkeit bei Frankreich liege. . . Ich glaube, ihn davon überzeugt zu haben, daß England keineswegs den Zusammenbruch Deutschlands wünsche und daß die Friedensbedingungen letzten Endes zwischen diesen beiden Ländern vereinbart werden müßten. Das ist so klar, daß ich mich wundere, daß die Deutschen das nicht begreifen. . .“

Zimmermann sagt mir, daß die Hauptsache, die Deutschland wünscht, eine Regelung sei, die den dauernden Frieden sichere. Es ist derselbe Schrei in jedem der kriegsführenden Länder.“

Wilson's Standpunkt, der „Freiheit der Meere“, d. h. des Schutzes des Ueberseehandels für alle, ob Neutrale oder Kriegsführende, auch in Kriegszeiten, fand natürlich bei

\*) „The intimates papers of Colonel House“, London, Ernest Benn Ltd.

**Zimmermann sehr warme Ausnahme.** In der Tat liefen die Interessen Amerikas und Deutschlands in dieser Frage parallel. In London hatte House naturgemäß einige Widerstände überwinden müssen, um diesen Standpunkt durchzusetzen. House hatte demgegenüber zugestanden, daß England einen Anspruch darauf habe, eine Kriegsstärke zu besitzen, die stark genug wäre, um eine Invasion zu verhindern. Dem stimmte auch Zimmermann zu. Hier wollte nun House den Hebel für seine weiteren Bemühungen ansetzen.

Am 21. März schreibt er an Wilson:  
„Ich sehe hier eine ganze Menge Leute, genau so wie ich es in England getan habe, und ich hoffe, daß ich bald ein Gesamtbild gewinnen werde, das mir von Rußen sein wird.“

Ich traf gestern Abend mit einem tüchtigen und vernünftigen Menschen zusammen, namens Dr. K a t h e n a u. Es wird mir erzählt, daß er einen großen Einfluß in der deutschen Wirtschaft besitzt. Er besitzt eine so klare Erkenntnis der Lage und eine so prophetische Gabe, die Zukunft zu erkennen, daß ich mich frage, ob denn viele Menschen in Deutschland so denken wie er. Ich war betrübt, als er mir sagte, daß er, soweit er wisse, allein stehe. Er fügte hinzu, er fange an, sich zu fragen, ob alle übrige Welt tatsächlich verrückt geworden sei oder ob die Verrücktheit nur bei ihm selbst liege.

Es war außerordentlich ergreifend, zu hören, wie er uns ermahnte, ja nicht in unseren Bemühungen um die Herbeiführung des Friedens nachzulassen. Er sagte, es sei dies die edelste Aufgabe, die jemals einem Menschen gestellt worden sei und daß er beten würde, daß wir uns nicht darin ermutigen ließen. Ich höre diese Meinung in allen Ländern. Mütter und Frauen, Väter und Brüder haben in demselben Sinne gesprochen und ich bin zu fühlen, daß ihre einzige Hoffnung in unseren Bemühungen liege.“

Am 24. März schreibt jedoch House:  
„Zimmermann sagte mir, daß, wenn Friedensverhandlungen jetzt auf der Grundlage von Bedingungen beginnen würden, die irgendwelche Aussichten auf Annahme hätten, dies den Sturz der Regierung und des Kaisers bedeuten würde.“

Dieses freimütige Bekenntnis beleuchtet in der Tat die ganze damalige Situation. Der größte Teil des deutschen Volkes befand sich noch in einer Hurrastimmung, die von den offiziellen Stellen systematisch genährt wurde, wobei die Bedeutung der damaligen militärischen Siege im Osten und im Westen maßlos überschätzt wurde. Die amtliche Zensur hatte ja andererseits dafür gesorgt, daß das deutsche Volk in Unkenntnis der schweren Niederlage an der Marne und der ungeheuren Verluste Oesterreich-Ungarns gelassen wurde.

Unterdessen verfuhrte House in seinen weiteren Besprechungen, namentlich mit dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg, die deutsche Regierung im Sinne vernünftigerer Kriegsziele dadurch zu gewinnen, daß er ihr ein Zusammengehen mit Amerika in der Frage der Freiheit der Meere als Gegenleistung in Aussicht stellte. Er verließ Berlin Ende März und hatte, wie er Wilson schrieb, schließlich keinen ungünstigen Eindruck von diesem ersten Versuch gewonnen. Er hatte in London, in Berlin und sogar in Paris mit maßgebenden Persönlichkeiten den Kontakt hergestellt und hoffte, über kurz oder lang, die Vorarbeit bei einem späteren konkreten Friedensschritt Wilsons, der besonders auf dem Grundsatz der Freiheit der Meere beruhen sollte, ausnützen zu können.

Diesem Schritt sollte noch am Ende des gleichen Jahres ein zweiter in der Form einer offiziellen Note Wilsons folgen. Inzwischen war aber Italien auf die Seite der Alliierten getreten, wodurch die letzteren in ihren Kriegszielen mindestens ebenso unvernünftig wurden wie es die deutschen Militärstrategen waren. Und zuguterletzt sorgten unsere U-Boot-Politiker dafür, daß die Stimmung in der Welt einschließlich Amerikas noch mehr als bisher gegen uns aufgebracht wurde. Raum war House wieder in London eingetroffen, um den Faden weiter zu spinnen, da traf die Nachricht ein, daß die „Lusitania“ von einem deutschen U-Boot ohne Warnung torpediert worden war, und daß Hunderte von Zivilpersonen, darunter zahlreiche Amerikaner dabei ertrunken waren. Das war

gewissermaßen die Antwort des kaiserlichen Deutschlands auf die Mission des Obersten House, und die weiteren Bemühungen Wilsons wurden dadurch, auch in den Augen der öffentlichen Meinung Amerikas, nicht erschwert...

## Das Recht der Untersuchungsausschüsse.

### Keine Befugnis zur Verhängung von Ungebührstrafen.

Das preussische Innenministerium hat, wie wir schon kurz meldeten, das vom Fremden-Untersuchungsausschuß eingeforderte Gutachten über die dem Ausschuß gegen renitente Zeugen zustehenden Zwangsmassnahmen nunmehr erstattet. Es befragt:

Für die Beweiserhebung der gemäß Artikel 25 der preussischen Verfassung eingesetzten Ausschüsse gelten die Vorschriften der Strafprozessordnung sinngemäß. Eine sinngemäße Anwendung von Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes ist nicht vorgesehen. Daher entfällt für einen solchen Ausschuß die Zuständigkeit zur Verhängung von Strafen, deren Rechtsunterlage sich nur in diesem Gesetz und nicht in der Strafprozessordnung findet. (Vergl. StPO. §§ 177—182.) In Fällen von Störung der Ordnung in der Sitzung und von Ungebühr ist der Vorsitzende des Ausschusses also auf die sich aus dem Hausrecht ergebenden Befugnisse beschränkt.

Dagegen ist dem Ausschuß infolge sinngemäßer Anwendung der Strafprozessordnung das Recht gegeben, gegenüber Auskunftsverweigerern, die ihr Zeugnis oder die Eidesleistung ohne gesetzlichen Grund verweigern, mit den in der Strafprozessordnung für solche Fälle vorgesehenen Zwangsmitteln einzuschreiten. (Vergl. StPO. § 70.) Der Umstand, daß es gegenüber einem solchen Beschluß des Ausschusses an einer Beschwerdemöglichkeit fehlt, steht dem nicht entgegen, auch im Verfahren der Gerichte gibt es derartige unanfechtbare Beschlüsse.

Die Frage, in welcher Weise von dem Ausschuß angeordnete Zwangsmassnahmen zu vollstrecken sind, ist in der Verfassung nicht geregelt und daher nicht unzulässig. Ein Weg der Vollstreckung muß gegeben sein; da der Ausschuß nicht über die erforderlichen Einrichtungen verfügt, um sie selbst vornehmen zu können, ist er auf die Hilfe der Behörden, insbesondere der Gerichte, angewiesen. Es wird angenommen werden können, daß für die Gerichte eine Verpflichtung besteht, Ersuchen um Vollstreckung zu entsprechen.

Diese Annahme wird in dem Gutachten noch an Hand einiger analoger Beispiele näher begründet. Nach der Ansicht des preussischen Innenministeriums kann also ein Untersuchungsausschuß renitente Zeugen wohl zur Aussage und Eidesleistung nötigen, dagegen stehen ihm gegen ungebührliches Betragen von Zeugen keine Zwangsmittel zu Gebote. Das ist ein Uebelstand, dem schleunigst abgeholfen werden muß. Das Hausrecht versagt. Denn wenn ein Zeuge, der sich so frech aufführt, wie etwa der Geheimpolizist Heß, der Arbeitergeheimrat v. Zengen oder der deutschnationalen Abgeordnete Meyer-Hermsdorf, aus dem Saale gewiesen wird, so erreicht er durch sein provozierendes Auftreten seinen Zweck, nicht auszusagen zu müssen. Andererseits ist klar, daß im Interesse des Ansehens der Parlamente und der Untersuchungsausschüsse die von den deutschnationalen Zeugen befehlenden Unflätigkeiten nicht schweigend hingenommen werden dürfen.

Wenn man auch der Ansicht sein kann, daß die Meinung des Innenministeriums in diesem Punkte schiefgeht, so erscheint doch als der sicherste Weg, durch ein Spezialgesetz den Untersuchungsausschüssen auch die Disziplinarbefugnisse aus dem Gerichtsverfassungsgesetz ausdrücklich zuzusprechen.

Der deutschnationalen Abgeordnete Meyer-Hermsdorf hat bekanntlich in einem siegelhaften Briefe sein weiteres Erscheinen vor dem Untersuchungsausschuß abgelehnt. Er vertraut offenbar darauf, daß das Zeugniszwangsrecht des Ausschusses gegenüber seiner Immunität nicht durchgreife. Wie sich dieses Recht zur Abgeordnetenimmunität verhält, geht allerdings aus dem Gutachten des Innenministeriums nicht hervor. Aber eins kann heute schon gesagt werden: im Barmat-

Ausschuß haben die Deutschnationalen einzelne sozialdemokratische Abgeordnete nicht zweimal, sondern bis zehn- und zwölffmal vorgeladen, ohne daß je einer von diesen sein Erscheinen verweigert hätte. Das gegenteilige Verhalten des Abgeordneten Meyer-Hermsdorf kann daher nur als Ausfluß seines schlechten Gewissens in der Sache Schulz gedeutet werden.

## Jürgens.

### Ein Beweis für die Niedertracht der SPD.

Der Richter Jürgens ist wegen schwerer Verbrechen verhaftet worden. Ueber den Gang seiner Angelegenheit werden unsere Leser fortlaufend unterrichtet. Sie kennen auch den grundsätzlichen Standpunkt, den wir in dieser Angelegenheit einnehmen. Jürgens hat als Untersuchungsrichter in Prozessen gegen Kommunisten mitgewirkt. Wir haben sofort, als dieses bekannt wurde, gefordert, daß nachgeprüft werde, inwiefern gefällte Urteile durch etwaige verbrecherische Absichten des Jürgens beeinflusst worden sind, und haben die Korrektur dieser Urteile gefordert.

Inzwischen ist die SPD. auf die verrückte Idee gekommen, aus dem Fall Jürgens einen Feldzug gegen die Sozialdemokratie zu machen. Wie sie das zustande bringt, bleibt für Menschen mit gesundem Verstand unverständlich. Erklärlich ist dieses ganze Treiben nur aus dem geradezu krankhaften Drang dieser Leute, aus allem, was geschieht, einen Stank gegen die Sozialdemokratie zu machen. Wenn der Mond auf die Erde fällt, wird die „Rote Fahne“ noch schnell ein Extrablatt herausbringen, in dem bemerkt wird, daß niemand und nichts an diesem Racheur schuld hat als die verrückte SPD.

Die „Rote Fahne“ hat in diesem Zusammenhang den Genossen Landsberg beschuldigt, als preussischer Innenminister und als Richter beim Staatsgerichtshof verschiedene Schändlichkeiten begangen zu haben. Landsberg hat der „Fahne“ in einer Berichtigung mitgeteilt, was sie ohnehin hätte wissen können, daß er niemals preussischer Minister, niemals Mitglied des Staatsgerichtshofs gewesen ist. Von dieser Berichtigung nimmt die „Fahne“ in folgender Form Kenntnis:

Landsberg teilt uns in einer Berichtigung mit, daß er niemals preussischer Staatsminister und niemals Mitglied des Staatsgerichtshofs war. Wir nehmen davon Kenntnis, fragen aber, was dadurch an den politischen Tatsachen zugunsten der SPD-Führer geändert wäre?

Natürlich! Ob etwas richtig oder falsch ist, darauf kommt es doch gar nicht an. Auf alle Fälle hat die Sozialdemokratie an allem schuld zu haben.

## Preussischer Landtag.

### Kampf um die Tagesordnung.

Im Preussischen Landtag wurde heute auf Antrag des Abg. Diehl (Z.) beschlossen, als ersten Punkt die Anträge zur Behebung der Winternot auf die Tagesordnung zu legen.

Ein kommunistischer Antrag, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung den schon an den Rechtsausschuß überwiesenen Antrag zu legen, der alle durch den Landgerichtsdirektor Jürgens zustande gekommenen Urteile vor dem Staatsgerichtshof sofort revidieren will, scheitert an dem Widerspruch einer sozialdemokratischen Abgeordneten. (Großer Lärm bei den Kommunisten; Zurufe: Zuhälter der Schandjustiz!)

Ein weiterer kommunistischer Antrag verweist auf die Unzulänglichkeit des ministeriellen Runderlasses über die Durchführung des Volksbegehrens und will diese Angelegenheit als zweiten Punkt auf die Tagesordnung legen. Dieser Antrag fällt durch Widerspruch der Rechtsparteien.

Der Reichspräsident von Hindenburg übernahm das Ehrenpräsidium über das deutsche Rote Kreuz, nachdem, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, „der verstorbene Reichspräsident Ebert schon den Ehrenvorsitz innegehabt hatte“.

Der neue deutsche Gesandte in Ungarn. Die ungarische Regierung hat das Agramer zur Bestellung des bisherigen deutschen Gesandten in Athen, v. Schön, zum Nachfolger des Grafen Welzied als deutschen Gesandten in Budapest erteilt.

## Ueber Kurierfreiheit.

Kürzlich fand eine schlecht besuchte Versammlung der ärztlichen Vereinigung zur Bekämpfung der Kurpfuscherei statt. Der Referent, Prof. Friedländer-Frankfurt a. M., ging bei seinem Referat von der Tatsache aus, daß bis zum Jahre 1869 in Deutschland keine Kurierfreiheit bestanden hat, sondern die Krankenbehandlung nur approbierter Medizinischerpersonen stattfand. In diesem Jahre beantragte der Arzt Dr. Voeme aus Gasse die Aufhebung dieses Paragraphen, indem er von der Annahme ausging, daß die Bevölkerung in ihren Anforderungen hinsichtlich ärztlicher Behandlung soweit vorgeschritten sei, daß sie nicht Laienbehandlung bei Erkrankungen zuziehen würde. Den wahren Grund, warum die Kurierfreiheit für Kurierfreiheit eintrat, den aber der Referent nicht erwähnte, war der, daß bis dahin der sogenannte Kurierzwang bestand, nach dem, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, jeder Arzt bei Androhung einer Strafe verpflichtet war, einem Kranken jederzeit seine Hilfe anzubieten zu lassen. Der Referent polemisierte dann gegen die Naturheilkunde, durch die erst „eine unsachgemäße Kampfesweise“ hineingetragen worden sei. Zur Begründung der Forderung, daß nur Akademiker Kranke behandeln dürften, führte der Herr Professor an, daß alle Großtaten der Medizin nur von Akademikern ausgegangen seien. Die bekannten Heilkräftigen Kneipp, Priesnitz und der jetzt so bekannte Apotheker Coué in Nancy hätten ihre umstrittenen Behandlungsmethoden natürlich aus Büchern von Unvergleichlichkeitsprofessoren entlehnt. Den Impiegern sprach Herr Friedländer „den guten Glauben“ ab. Er führte dann die großen Erfolge der Kurie hinsichtlich der Seuchenbekämpfung während des Krieges an, vergaß aber wohlwollend zu erwähnen, daß die deutsche Kurierfreiheit es mit ihren wissenschaftlichen Anschauungen vereinigen konnte, während des Krieges die berühmten Gutachten über den Wert der Kriegsernährung abzuwaschen, Gutachten, die dadurch gefeiert werden, daß sie in den Gefängnissen und Irrenanstalten, wo die Insassen nach solchen Rezepten ernährt wurden, nachweislich 30 Proz. der Insassen mit dem Hungertode bezahlten. Er behauptete dann, daß das Verlangen der Kurierfreiheit nach Aufhebung der Kurierfreiheit nur selbstlosen Motiven entspreche. Zum Schluß erwähnte der Referent noch, daß vom Reichstag im Interesse der Volksgesundheit für das Jahr 1926 nur 8 Millionen Mark bewilligt worden seien. Er wies dann noch nach, daß auf Grund der Statistiken der Lebensversicherungsgesellschaften die Kurie nach den Vergleichen die kürzeste Lebensdauer hätten. Von allen Ländern der Welt soll, außer in England und Deutschland und einigen kleinen „Kulturländern“, nirgends eine Kurierfreiheit, d. h. die Zulassung nicht approbierter Personen zur Krankenbehandlung, bestehen.

Wenn man die Herren, die dieser Verammlung beizwohnten, beobachtete und unfreiwillig ihre Bemerkungen hörte (so erklärte z. B. ein Stadtarzt aus dem Ruhrgebiet, daß selbstverständlich eine Aufhebung des § 218 gar nicht in Frage kommen könne, daß ferner in dem Film „Hygiene der Ehe“, der auch in vielen Volkshäusern, die vom Proletariat besucht werden, der Abschnitt, in dem der Arrigator in seiner Bedeutung für die Gesundheit der Frau dargestellt wird, aus dem Grunde ausgeschnitten werden müßte, weil dieses Instrument in Beziehungen zum Geburtenrückgang stehen würde), so kann man wirklich den Volksovertretern nur dringend raten, den Eingaben der großen Naturheilkundigen und der Vereine

für naturgemäße Lebensweise, die für eine Beibehaltung der Kurierfreiheit eintreten, im Interesse der Volksgesundheit Gehör zu schenken.

Dr. med. Robert Marx.

## Ein neuer Zustand der Materie entdeckt?

Von hervorragender sachwissenschaftlicher Seite wird der Telegraphen-Union mitgeteilt:

Die letzten astrophysikalischen Forschungen haben zur Entdeckung eines bisher unbekanntes Zustandes der Materie in gewissen Sternen geführt, dessen Bedeutung für die zukünftige Erforschung des Wesens der Materie noch nicht abzulesen ist.

Von den Fixsternen, deren Entfernungen bekannt sind, lassen sich auf Grund der Strahlungsformel von Planck die Durchmesser berechnen. Kennt man auch noch die Massen, was bei gewissen Doppelsternen der Fall ist, so kann man auch deren Dichten (spezifische Gewichte) berechnen. Dabei ergeben sich bei fast allen Sternen Dichten von der Größenordnung der Erddichte bis herab zur Dichte unerer Luft und noch geringer. Dies war auch erwartet worden. Ein Rätsel bildeten lange Zeit einige Sterne, deren Dichten sich bis zu dem zwanzigtausendfachen oder mehr der Wasserergaben. Man bedachte, daß die schwersten irdischen Stoffe nur die zwanzigfache Wasserdichte besitzen! Man war im Zweifel, ob man bei diesen Sternen die Strahlungsformel anwenden dürfte. Inzwischen wiesen Böttinger (Berlin), Weber (Weipzig) und Eddington (Cambridge) darauf hin, daß hier die Gravitations-theorie Einsteins die Entscheidung bringen könnte. Es müssen nämlich die Spektrallinien solcher dichten Sterne eine starke Rotverschiebung zeigen. Bei der Sonne hatte man den Effekt wegen seiner Kleinheit lange Zeit nicht sicher feststellen können.

Jetzt ergab sich jedoch durch Messungen von Adams auf dem Mount-Wilson-Observatorium in Kalifornien an Siriusbegleiter, einem schwachen, nur mit den größten Instrumenten zu messenden Stern, die Rotverschiebung der Spektrallinien zum etwa Dreißigfachen des Sonnenwertes, woraus sich sogar das Sechzigtausendfache der Wasserdichte ergibt. Die vorher vermuteten ungeheuren Dichten haben damit eine Bestätigung gefunden. Der Zustand, in dem sich die Materie im Innern dieser Sterne befindet, ist noch völlig rätselhaft. Nach den gegenwärtigen Anschauungen kann man vielleicht an zertrümmerte Atome denken, deren Bruchstücke außerordentlich eng aufeinandergepackt sind.

„Es“. Im Konzerthaus Bantow fand für die Deutsche Kulturgesellschaft am 4. März die Berliner Uraufführung des fünf-actigen Schauspiel „Es“ von Karl Schönherr statt. „Es“ ist das Kind im Mutterleib, das von dem Vater, einem fanatischen schwindsüchtigen Arzt und Gelehrten, gegen den Willen seiner Frau zerstückt wurde. Im dieses eugenische Problem wird in diesen fünf Akten allzu lang und zu sehr konstruiert zwischen Mann und Frau, den beiden einzigen Personen des Schauspiel, getrieben. Das Stück zieht wohl in den ersten drei Akten in seinen Bann, aber es berührt nicht innerlich. Die beiden letzten Akte rollen das Problem erneut auf, im Kampf der Geschlechter, einmaligem Sich-vergessen des Arztes, neuer Mutterchaft, von der er nichts ahnt.

Um sich nicht wieder untreu zu werden, endet er sein Leben durch Gift. In seinem letzten Augenblick erfährt er, daß er doch „Vater“ ist und sie „Es“ in die Welt trägt. — Den Arzt gab Paul Herms ohne überzeugenden Gelehrtenfanatismus, und so vermochte er nur zeitweilig dieser ausgeklügelten Persönlichkeit den inneren Zwang glaubhaft zu machen. Ein blutvolles Weib, mit dem man mitleiden und misshaten konnte, gab Leonie Duval mit starker Gestaltungsraft.

B. Sch.

Im Theater in der Klosterstraße hat man wieder einmal Frank Wedekinds „Musik“ einstudiert. Einstudiert, aber leider nur höchst unvollkommen zum Tönen gebracht! Die Ausführung war sehr unausgeglichen. Gedacht sei der Maria Neulichen für ihre sprachlich gehobene, aber doch sehr innerliche Klara Hühnerwadel, der Elisabeth Bechtel für ihr artotisches Mutterstück von Gefängniswärterin, auch dem Florian Kienzl für seinen schlichten lebenssauflichten Art. (Dabei hatte er die undankbare Aufgabe, den letzten Akt des Dramas, dessen Ausgang man ja ohnedies längst ahnt, nur zu komplettieren. In seinen Armen das Kind war tot. So tot wie eigentlich der Zuschauer nach so vielen Jammerqualen sein sollte, aber selbst bei vollendeter Darstellung heute kaum sein kann, weil das ganze Stück ihm etwas fern und ideenfremd ist.) Die übrigen Darsteller haben kräftig mitgearbeitet. Hätte der Gefängnisdirektor zwei, drei von ihnen gleich hinter schwebenden Gardinen behalten, so würde niemand einen Befreiungsversuch gemacht haben. Den Gefängnisdirektor stellte Harry Färber mit jener entsetzlich quälenden Ueberkorrektheit dar, die jeder Freie haßt und haßen muß. Ist für diesen Förster ein bejahter Waldreiter frei als das in der Klosterstraße? —

Jugendpflege und Volkstanzvorführungen. Wie in einem Rund-erlaß des Reichsministers des Innern, der vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt weitergegeben wird, ausgeführt wird, haben die Aenderungen der Landesregierungen zu einer Eingabe des „Volkstanzringes“ hinsichtlich der Frage der Vergütungssteuer bei Volkstanzveranstaltungen keine einheitliche Stellung ergeben. Während einige Länder, z. B. Preußen und Baden, die Eingabe des Volkstanzringes im Interesse der Jugendpflege ohne Einschränkung beizurworten, haben andere Länder Bedenken gegen die gewünschte Befreiung ausgesprochen. Der Minister betont daher erneut seine Auffassung, daß es sich bei der Frage der Befreiung nur um Volkstanzveranstaltungen handeln kann, die im Rahmen der Jugendpflege und in verbender und erzieherischer Absicht für jugendliche veranstaltet werden, bei denen Erwachsene also nur als Angehörige, Freunde oder Lehrmeister von jugendlichen gottweise zugelassen sind. Da die Grenze zwischen Volkstanzfest und einer Tanzbelustigung schwer zu ziehen sein dürfte, so kann dem Wunsch auf Befreiung von Volkstanz im Rahmen jugendpflegerischer Veranstaltungen am besten dadurch entsprochen werden, daß die Länder selbst bei den zuständigen Steuerbehörden Rücksichtnahme auf den jugendpflegerischen Charakter des Volkstanzes anregen. Berücksichtigung wurde auch empfohlen, die für die Jugendpflege zuständigen Jugendaemter hinsichtlich der jugendpflegerischen Charakter solcher Veranstaltungen gutachtlich zu hören.

Schiller-Theater. Infolge technischer Schwierigkeiten muß die Premiere von Antt Hamlets „Spiel des Lebens“ auf den 9. März verschoben werden.

# Die Einzeichnungen zum Volksbegehren

## Ein Rundgang durch die Berliner Bezirke.

Die Rotwehfraktion des deutschen Volkes gegen den fürstlichen Raubzug hat gestern in Berlin mit Macht eingesezt. Mögen sich die fassungslosen Bureaucraten noch so sehr mit kleinschlichen Schikanen, mit ungefehligen Sabotageversuchen dagegen stemmen: die Abrechnung des Volkes mit seinen Feinden werden sie nicht verhindern können. Im Gegenteil: der Sturm der Empörung über diese Fürstentumsknechte wird die Aktivität der Massen steigern, wird ihre Kampfkraft erhöhen und ihre Kräfte vervielfachen. Berlin wird beim Votum gegen die Fürstentumsknechte an der Spitze marschieren. Was der skrupellose Terror der Reaktion auf dem Lande der Gerechtigkeit an Stimmen abjagt, wird in den Zentren der Werttätigen durch ein gewaltiges Mehr ausgeglichen werden. Der zweite Tag der Biersechtageschlacht hat heute mittag um 1 Uhr begonnen. Bis 8 Uhr abends müssen weitere Tausende in die Listen eingetragen sein. Post Euch die kleine Nähe nicht verdrängen. Der Kampf ist im Gange! Und daß er gewonnen wird, liegt an jeden einzelnen von uns. Nachstehend die Meldungen aus einzelnen Bezirken:

### Wedding.

Allmählich fängt die Stimmung im Bezirk Wedding an erregter zu werden. Vor den Säulen, in der Straßenbahn und auf der Straße wird die Frage des Volksentscheids mehr oder weniger drastisch behandelt. Allmählich macht sich etwas wie Wahlfieber bemerkbar, so daß für heute eine viel größere Stimmenzahl zu erwarten ist. Der Hauptschlag wird aber wohl erst am Sonntag zu erwarten sein. Aus dem Bezirksamt selbst erfahren wir über den ersten Tag der Eintragungen zum Volksbegehren: Die Plakate an den Säulen sind auf Veranlassung des Magistrats einen Tag vor der Einzeichnung angeschlagen worden. So kam es, daß in einer Reihe von Fällen diese Plakate bereits gestern überlebt waren durch andere Bekanntmachungen. Im Bezirk Wedding sind 41 Einzeichnungsstellen eingerichtet. Zur besseren Orientierung der Wähler ist bekanntgegeben, welche Straßen und Häuser zu den einzelnen Stadtbezirken gehören. Der Andrang war nur an einigen Stellen bei Beginn der Einzeichnungsfrist etwas stark. Im ganzen sind bis gestern abend 4480 Eintragungen erfolgt. Daß nach den stillen Wochentagen am Sonntag auch in Wedding Sturm gebläut wird, muß die Aufgabe eines jeden einzelnen sein.

### Mitte.

Aus einem Einzeichnungstokal, das in der Turnhalle des Gymnasiums in der Gormannstr. 4 gelegen ist, wird uns mitgeteilt, daß dort den Einzeichnenden allerhand Erschwernisse bereitet werden. An Stelle eines Tisches sind über allerlei Turngeräte die zum Turnen verwendbaren Sprungbretter gelegt, so daß für den Wahlvorstand von vier Personen eine „Tischplatte“ von kaum 4 Meter Länge und 60 Zentimeter Breite geschaffen ist. Die riesige Turnhalle ist an der Stelle, wo gerade der Ofen steht, arisanisch warm, an dem Einzeichnungstisch frieren die stehenden Leute aber. Der Leiter des Lokals ist ein abgebauter Beamter, der mit den gefühllosen Vorschriften auf dem Kriegsfuß steht. Für die Wartenden ist keinerlei Sitzgelegenheit vorhanden. Das Einzeichnungstokal gilt für 6 Wahlbezirke, die aber so unglücklich verteilt sind, daß beispielsweise gestern aus zwei Bezirken doppelt soviel Einzeichner antraten, als aus den übrigen vier Bezirken.

### Neukölln.

Die Einzeichnungen in Neukölln waren am ersten Tage nicht sehr günstig. Nur in einem Lokal (Bärwinkel), dem eine verhältnismäßig kleine Anzahl Stimmberechtigter zugeteilt war, konnten einige hundert Einzeichnungen gezählt werden. In den anderen Bezirken hat sich doch die Auswahl der Schulen als unangünstig erwiesen. Kein Plakat zeigt dem Suchenden den Weg. Umständlich muß sich jeder durchfragen. Die Säulen liegen auch nicht immer für die von der Arbeit erst spät heimkehrenden Berufstätigen sehr günstig. In Brich ist überhaupt nur ein Lokal zur Einzeichnung auszuweisen, für einen so weit auseinanderliegenden Bezirk ist das natürlich völlig ungenügend.

### Gegen den Fürstentraubzug.

Alle Sabotage gefinnungsloser Fürstentumsknechte kann den Kampfeswillen der breitesten Massen nicht brechen. Je mehr eine reaktionäre Bureaucratie die republikanische Bevölkerung schikanieren, desto stürmischer wird der Ruf erschallen: Keinen Pfennig den fürstlichen Exzessoren. Das bewies die riesige Demonstrationenunternehmung, die die Tempelhof- und Mariendorfer Genossen gestern im großen Saal von Grassels Gesellschaftshaus veranstalteten. Der Riesensaal war von Tausenden dicht gefüllt. Die erregten Jurys und der stürmische Beifall der Versammelten bewiesen, daß die eindringlichen Aufforderungen des Redners, des Staatssekretärs Genossen Heinrich Schulz, den Raubzug des Fürstentums abzuwehren, auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Der Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Schulz, unterstrich die Ausführungen des Redners. Die Arbeiterlieder des 13. Bezirkes verdrängten die Kundgebung durch Darbieten einiger Kampflieder. Vor der Kundgebung hatte ein gewaltiger Demonstrationenzug mit Fahnen, satirischen Plakaten und roten Fahnen unter Vorantritt eines Reichshonnetrommlerkorps und mehrerer Reichsanwärter mit schwarz-rot-goldener Fahne für die Fürstentumsknechtung gewonnen. Und wie die Zustimmung der Bevölkerung bewies, mit volstem Erfolg.

### Friedrich Ebert im Rundfunk.

An demselben Tage, an dem man den ersten Reichspräsidenten zu Grabe trug, erlangte seine Stimme im Rundfunk. Obgleich es nur ein kurzes Bild im Rahmen eines Lautbildvortrages war, erweckten die klaren Worte, die am Tage seiner Eidesleistung in Weimar Friedrich Ebert an die versammelten Vertreter der jungen Republik richtete, wieder deutlich und lebendig Gestalt und Wesen des Mannes, der in schwersten Zeiten würdig an der Spitze unseres Volkes stand. Ehrlich, ohne Rhetorik, erlangte sein Bekenntnis zur Heimat. Viel rednerisch bewußter schon hörte man dann Behmann-Hollweg in einem Ausschnitt aus einer Reichstagsrede, während Robindranath Tagore mit den Schlussworten seiner Ansprache an die Berliner Studentenschaft am 1. Juni 1921 laut den Top des Schreiners vertrat, dem außer dem Inhalt der Rede auch ihre Form unbedingt wichtig ist. Vorher hatte diese interessante und lehrreiche Stunde charakteristische Lautbildvorträge der verschiedensten Völker gebracht, die Prof. Wilhelm Doegen, der Direktor der Lautabteilung an der Preussischen Staatsbibliothek, zuvor den Rundfunkhörern erläuterte.

### Zur Eröffnung der „Gesetze“.

In acht Wochen wird in Düsseldorf die Große Ausstellung für Gesundheitspflege eröffnet. Die Bauten sind trotz der Ungunst der Verhältnisse bis zur Vollendung fortgeschritten. Neben dem Stand der Bauten, den Zweck und die Gliederung der Ausstellung sprachen im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses die Vertreter der Reichsregierung und der Presse Oberbürgermeister Dr. Vehe und Geh. Medizinalrat Professor Dr. Schloßmann-Dülsdorf. Die Ausstellung gliedert sich in drei Abteilungen: Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen

### Schöneberg.

Ein Bezirk in Schöneberg hat sich das alte *Maizon de santé* als Einzeichnungstokal ausgelacht. Weit und breit, von der Potsdamer Straße an, war kein Plakat für Volksbegehren zu finden. Teils waren sie abgerissen, teils so beschädigt, daß das Lokal nicht zu erkennen war. Im Wahllokal selbst kein Anschlag, nichts, nichts. Ich ging in den Hof und fragte und wurde dann drei Treppen hoch gebracht, wo sich um 1 Uhr langsam die Beamten einfinden. Die Beteiligung in dieser an und für sich nicht von Fürstentumsknechten bewohnten Gegend war natürlich gering. Wer von der Arbeit kommt, kann nicht erst lange nach seiner Einzeichnungsstelle suchen. Es ist unerhört, daß man diese Stellen, die der Öffentlichkeit besonders offenstehen sollten, vom Publikum möglichst entfernt. Daß in Friedenau, einem der nationalistischen Nestern, die Beamten sehr laßig sind, nimmt nicht weiter wunder; unglaublich aber ist es, daß man denen, die sich drängen, ihr Veto abzugeben, solche Schwierigkeiten macht.

### Im Westen.

Nachdem um 1 Uhr in den einzelnen Einzeichnungsstellen zum Volksbegehren die Eröffnung des großen republikanischen Aktes begonnen hatte, wurde im Laufe des Nachmittags der Andrang der vielen Staatsbürger, die sich an ihm beteiligen wollten, immer stärker. Am heftigsten wurde er naturgemäß in den Abendstunden spürbar, da die vielen Angestellten und Beamten im Westen, wenn sie auch nicht gerade am Kurfürstendam und in den geräumigen Vorderhäusern wohnen, erst nach Bureau- resp. Ladenschluß die Einzeichnungstokale aufsuchen konnten. Gerade im Westen wird diesmal die typische kapitalistische und großstädtische Erscheinung „Vorderhaus“ und „Hinterhaus“ sehr deutlich. Vorne wohnen im allgemeinen jene Leute, denen teils das Glück, großenteils aber auch Raffier und Bewusstlosigkeit Eingang in diejenigen Klassen der Gesellschaft verschafft, in denen es heute genau so wenig wie vor dem Kriege als vornehm und standesgemäß gilt, „links“ zu sein. Die Reiten sind ihnen genau so verhasst wie früher und rot ist ihnen in ihrer stumpfsinnigen Betrachtungsweise ja bereits alles, was sich links der Deutschen Volkspartei resp. des Zentrums sammelt. Das Hinterhaus, das im wahren Sinne des Wortes stets die Repräsentanten des vornehmen Betriebes vor Augen hat, fühlt anders, und denkt nicht daran, seine Arbeitgeber bei dem fürstlichen Diebstahl zu unterstützen. So ist es natürlich zu erklären, daß das Publikum, das die Eintragungsstellen gestern abend füllte, eigentlich gar kein Publikum des typischen Westens war.

### Passiver Widerstand!

Einer unserer Leser macht auf folgende interessante Tatsache aufmerksam: Gestern sah ich in der Friedrichstraße einen großen Anschlag des Bezirksamts Mitte betr. die Eintragung zum Volksbegehren. Auf diesem Anschlag war vermerkt, daß Wahlberechtigte, die seit der letzten Wahl nach einem anderen Wahlbezirk verzogen sind, den Berechtigungsschein zur Eintragung beim Bezirkswahlamt ihres neuen Wohnortes beantragen müssen. Nach dem Anschlag des Bezirksamts Charlottenburg ist dieser Berechtigungsschein jedoch bei dem Wahlamt des früheren Wohnbezirks zu beantragen. Der Effekt ist klar: Beide Wahlämter werden die an sie gestellten Anträge ablehnen. Wenn dieser Widerspruch beachtet wäre, würde man dies als Sabotage bezeichnen müssen, natürlich wird hier nur ein Versehen vorliegen, dessen Richtigstellung mindestens 14 Tage in Anspruch nehmen wird. Der gestrige Anschlag in der Friedrichstraße Ecke Tiedstraße ist übrigens bereits heute verschwunden, und so findet man zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Schlegelstraße keine einzige Liste der Eintragungsstellen! Weiter zu suchen, hatte ich leider keine Zeit.

Die bisherigen Ergebnisse der Eintragungen sind uns vom Donnerstag bis zum Schluß des Blattes noch nicht aus ganz Berlin bekannt geworden. Wir können leider erst aus einigen der 20 Verwaltungsbezirke die Ergebnisse mitteilen. Eingetragen haben sich in Mitte 2082, Wedding 4465, Prenzlauer Berg 3546, Charlottenburg 1541, Neukölln 4679, Köpenick 724.

und ist in Düsseldorf veranstaltet, weil hier im Industriebezirk ein Zusammenarbeiten mit der Industrie am leichtesten ist, denn ein großer Teil der Ausstellung befaßt sich mit den Wohlfahrts-einrichtungen der Industrie. Die Ausstellung verpricht eine der interessantesten dieser Art zu werden. Ganz neue Wege der Darstellung sind gefunden worden. Man vermeidet graphische Darstellung, man sucht Statistiken bildlich anschaulich zu machen. Minister Hirtfelder sprach das Vertrauen der Regierung auf ein glückliches Gelingen der Ausstellung aus.

### Feuerbestattung und Kommunisten.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung steht vor seiner Generalversammlung, die im Anschluß an die „Freigeistige Woche“ vom 6. bis 8. April im früheren preussischen Herrenhaus in Berlin am 6. April beginnt. In den einzelnen Bezirken des Vereins werden jetzt die Delegierten zu der Generalversammlung gewählt und Anträge gestellt. Die Kommunisten lassen sich diese Gelegenheit nicht entgehen, um auch die doch sicherlich politische neutrale Bewegung der Freidenker für Feuerbestattung ihren Zwecken dienstbar zu machen. Freidenker für ihr Treiben war die Versammlung des 4. Bezirks am Montag im Ledigenheim in der Pappelallee. Die Redner der SPD. luden der Versammlung begreiflich zu machen, daß sie die Fürstentumsknechtung noch besonders beschließen und ein Einheitskomitee dafür bilden müßte. Weiter, daß es für diesen Feuerbestattungsverein keine wichtigere Aufgabe geben könne, als eine Delegation nach Rußland zu schicken, wohl um die russischen Verbrennungsmethoden kennen zu lernen. Unsere Genossen gossen etwas Wasser in die russische Limonade, allein der kommunistische Lunow drückte der Versammlung ihren Stempel auf. Von den vier Delegierten, die gewählt wurden, entfielen drei auf unseren Vorschlag, während der vierte infolge Namensverwechslung auf den kommunistischen Vorschlag fällt. Auch von den beiden Erwahlten fiel ein Mandat den Kommunisten zu. Von unseren Genossen wurden Schulz, Ripe, Kürbis und Knopf gewählt. — Soll den Kommunisten das Feld nicht überlassen bleiben, müssen unsere Genossen, die dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung angehören, in den Mitgliederversammlungen auf dem Posten sein.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenzeitschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Chorconcert in der Hochschule für Musik. Das zweite Winterconcert des Ersten Männer-Gesangsvereins am Mittwoch im Konzertsaal der Staatlichen Hochschule für Musik galt dem Volkslied. Zum Vortrag gelangten alte Volkslieder von Isaac, Morley, Baldassare Donati in der Bearbeitung für Chor von Max Regner, und Benedikt Widmann, und andere deutsche Volkslieder wie „Rastlied“, „An stiller Nacht“ und „Die Linde im Thal“. Das Konzert zeigte von neuem, über welche Fülle von Melodien diese Lieder verfügen, einfach, ungefüllt und ergreifend. Die Vorträge zeigten hohes, künstlerisches Niveau. Die Chöre sangen rein und tonlos, waren rhythmisch gestrafft und völlig sicher im Tempo. Das Konzert bewies, daß der Erste Chor seinen Ruf verdient, daß sich seine Dirigenten Max Stange und Richard Gütts hier ein ausgezeichnetes, künstlerisches Instrument geschaffen haben.

### Deutsche Siedler in Rußland.

Ueber dieses Thema sprach im Flugverbandsraum der Schriftsteller Oswald Zieman. Der Redner verglich die verschiedenen Kolonien im Wolgagebiet, der Ukraine und der Krim. Am schlechtesten ist die Lage der deutschen Siedler im Wolgagebiet, die durch zwei Hungersnöte von 1921 und 1924 und durch den Bürger- und Bandenkrieg unglücklich gelitten haben. Von den 600 000 deutschen Kolonisten ist der letzte Teil der Hungersnot zum Opfer gefallen, und die Ueberlebenden sind wirtschaftlich und kulturell aufs äußerste geschwächt worden. Eine Ausnahme stellen im Wolgagebiet die Siedlungen der deutschen Mennoniten ein, was zum Teil mit auf die Unterstützung der amerikanischen Seite zurückzuführen sei. Bedeutend günstiger sei die Lage der deutschen Kolonisten in Transkaukasien und der Krim, besonders soweit der Boden Weinbau ermöglichte. Auch die wirtschaftliche Anpassung sei bei den Weinbauern durch das ausgezeichnete, schon vor dem Kriege blühende Genossenschaftswesen erleichtert worden. So gehören der „Concordia“, der Winzergenossenschaft Kherbedichans, allein 95 Proz. der Winzer an. Ihr Reg. eigener Geschäftsstellen durchzieht das ganze russische Reich. Ihre wirtschaftliche Macht sei stark genug, die deutschen Schulen aus eigener Kraft zu tragen, ja, auch 50 deutschstämmige Kaufleute auf ihre Kosten nach deutschen Universitäten zu senden. Der Kampfschmerz zwischen Türken und Armeniern, der unendliche Opfer auch auf deutscher Seite gekostet, sei durch die Bolschewisten beendet worden. Im großen ganzen habe der deutsche Siedler keine Vorstellung mehr vom geographischen und kulturellen Begriff „Deutschland“. Die kulturellen Verbindungen mühten mit Feingefühl und Geschick behandelt werden, um schwierige Situationen mit den offiziellen Organen zu vermeiden. Solange die russische Regierung sowohl das Kapital zu einer Rußlandwirtschaft wie auch die Geräte dazu verleihe, werde sich schließlich ein deutscher Bauer in Rußland ansiedeln. In der autonomen Verwaltung werde immerhin den Wolgadeutschen mehr Freiheit zugestanden als den anderen kantonalen Gekolonisten; denn von 9 Rätekommissaren seien in der Wolgarepublik 2 Nichtbolschewisten, ein einzig dastehender Fall in der Sowjetunion. Auch in der Schulfrage werde verhältnismäßig mehr Möglichkeiten zur Entfaltung deutscher Eigentümlichkeiten gegeben. Das deutsche Element müsse im gegebenen Rahmen seinen Entwicklungskampf durchführen und wirtschaftlich und kulturell wieder erstarren.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Genosse Horst Bielek sprach am Montag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Rahmen einer Romanikolland-Feier in der Aula der 13. Gemeindefschule, Charlottenburg, Vestalozstr. 40. Russische Umräumung. Eintritt 20 Pfg. Arbeitslose haben freien Eintritt.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Wkt. Die Einäscherung der Genossin Vertha Engel, Wilhelm-Stalke-Straße 28, findet am Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestr. 10.

### Arbeiter Sport.

Russische Schwimmer in Berlin. Dem Schwimmverein Borussia 1897, e. V., ist es mit Genehmigung des Bundesverbandes des R. T. u. Sv. B. gelungen, eine russische Schwimmernormalschwimmgesellschaft nach Berlin zu bekommen. Die Russen kamen am Sonnabend, 6. März, und Sonntag, 7. März, im Stadtpark Wedding, Dienstag Stadtpark Friedrichshagen, Mittwoch Stadtpark Neukölln und Freitag Stadtpark Prenzlauer Berg. Die Rämpfe begannen Samstag um 8 Uhr, Sonntag um 3 Uhr.

Schwimmverein „Borussia“ Berlin 1897, e. V. Außenmittelpunkte: Alle Arbeiterportale werden erreicht, und bei allen geplanten Veranstaltungen vom 12. März regt zu unterstützen. Unsere Schwimmvereine bitten wir, ihre Beiseindanner und Stempel bis Freitag 9 Uhr nachmittags im Lehrerereichshaus, Alexanderplatz, abzugeben. Sie werden zu Dekorationszwecken gebraucht.

### Gewerkschaftsbewegung

#### Aus dem Omnibusbetrieb.

Eine Vollversammlung der im Omnibusbetriebe Beschäftigten, die vom Deutschen Verkehrsbund zum Mittwoch nach den Musterfällen einberufen war, beschäftigte sich nach einem Referat des Genossen Reihner über „Fürstentumsknechtung und Volksnot“ mit der Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung im Omnibusbetriebe. Diese Ruhegeldkassette, die im Jahre 1906 gegründet wurde und deren Statuten im Jahre 1923 erst wieder neu festgelegt wurden, bietet den zwangsmäßig Versicherten keine ausreichende Pension. Der Vertreter des Verkehrsbundes zerpfückte die einzelnen Paragraphen des Statuts, aus denen man fast nur Pflichten, aber nur wenig Rechte der Versicherten herausliest. Die größte Empörung hat es bei den Zwangsversicherten ausgelöst, daß man ab 1. Januar die Beiträge um 6 1/2 Proz. erhöht hat, die Leistungen aber die alten blieben. Es muß die Aufgabe der Belegschaften sein, bei den Wahlen zu den Vertreterversammlungen und dem Vorstande der Ruhegeldkasse solche Leute zu wählen, die die Materie beherrschen und vor allem die Interessen der Belegschaften wahrzunehmen wissen. Wenn schon die Organisation und die Betriebsräte auf die Ruhegeldkasse selber keinen Einfluß ausüben können, so müssen wenigstens die von der Belegschaft gewählten Delegierten versuchen, die Kasse zu einer wirklich sozialen Einrichtung umzugestalten. Es wurde weiter berichtet, daß bei den Kanteltarifverhandlungen noch keine Einigung erfolgt ist. Der Vertrag ist von den Organisationen zum 31. März gekündigt und unter anderem eine Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Bezahlung der Nachtarbeit, der Hofarbeiter und Hofarbeiterinnen gefordert worden. Zu dem Lohnabkommen, das ebenfalls am 31. März abläuft, werden die Funktionäre noch Stellung nehmen. Die Versammelten ließen klar erkennen, daß sie nicht gewillt sind, irgendeine Verschlechterung des Kanteltarifs wie auch des Lohnvertrags hinzunehmen. Zum Schluß fand eine Entschließung einstimmige Annahme, die die Organisation und die Betriebsräte auffordert, alles daran zu setzen, um die lange Arbeitszeit im Omnibusbetriebe herabzusetzen. Diese Forderung muß schon infolge mit Nachdruck vertreten werden, als die Omnibusgesellschaft in letzter Zeit geteilt in den Fahrplänen eingeleitet hat, wodurch die Arbeitszeit einschließlich der Wartezeit von und zur Arbeitsstelle auf weit über 11 Stunden ausgedehnt wird. Die Verkürzung dieser langen Arbeitszeit ist nicht nur im Interesse des Personals, sondern auch der Verkehrssicherheit eine dringende Notwendigkeit.

#### Buchbinder und Krise.

Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshause die Generalversammlung der Berliner Buchbinderarbeiter statt. Der Bevollmächtigte Imhof gab den Geschäftsbericht. Während zu Anfang 1925 die Verhältnisse vielversprechend waren, trat im Herbst eine Wendung ein. Kurzarbeit setzte ein, die Zahl der Arbeitslosen stieg von Tag zu Tag durch Betriebsstilllegungen.

Die Krise hat sich in der Buchbinderbranche, in der Luruspapierbranche und vor allem in der Kartonbranche außerordentlich bemerkbar gemacht. Es konnten Beweise dafür erbracht werden, daß die Unternehmer durch Kurzarbeit, Stilllegungen und Entlassungen die Löhne herabzudrücken suchen. Wenn es auch der satrträtigen Arbeit der Organisation gelungen ist, dem Ansturm der Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen, macht sich doch allgemein ein

#### Mangel an Betriebsstätten

fühlbar. Während die Frauenagitation reiche Früchte getragen hat, muß in der Jugendfrage noch weit mehr geleistet

